IMT Nuremberg Archives

H – 3779

International Court of Justice

H3779 - 0002

BRITISH WAR CRIMES EXECUTIVE (E.S.)

M.104 (G.B.260)

I, Kenneth Hugh Molesworth DUKE, Major, R.A., hereby certify that the attached photostat consisting of two sheets is a true copy of pages 1 and 2 of the Frankfurter Zeitung of 13th October 1936.

Kenneth Hugh Molesworth Duke

Major, R.A.

8th February 1946.

B 039687

H3779 – 0003

M104

…er Zeitung

…lsblatt

…d Sonnemann

(Neue Frankfurter Zeitung)

…tanschrift: Zeitung Frankfurtmain — Postscheck: Frankfurt-M 4430

GESCHÄFTSSTELLEN und Generalvertretungen:
Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Str. 31-37, Schillerstraße 18-24, Ortsruf 20202, Fernruf 20901. Berlin W9, Potsdamer Str. 133, Fernruf B 2 Lützow 8981. Hamburg, Anzeigen: Neuerwall 16-18, Fernruf 346637, Vertrieb: Alsterarkaden 9, Fernruf 342523. Hannover, Alte Celler Heerstraße 27, Fernruf 65181. Köln a. Rh., Anz.: Hohenstaufenring 74-76, Fernruf 219598, Vertr.: Hohenstaufenring 80, Fernruf 215690 u. Kaiser-Wilhelm-Ring 10. München, Anz.: M'chen 23, Clemensstr. 38, Fernruf 360347, Vertr.: Maximiliansplatz 18, Fernruf 1219.. Stuttgart, Anzeigen: Kronprinzstraße 22, Fernruf 23787, Vertrieb: Stuttgart N., Friedrichstr. 23a, Fernr. 29320. Leipzig C 1, Anz.: Salomonstr. 18, Fernruf 12870, Vertr.: C 1, Talstr. 2, Fernruf 28926. Paris 8, 44, Rue de Lisbonne, Fernr. Laborde 24—01. London SW 1, 25, Evelyn Mansions, Carlisle Place, Fernr. Victoria 1196. Haag-Voorburg, van Deventerlaan 36, Fernr. Haag 778798. Wien: Wien VII, Sigmundsgasse 15, Fernruf B 33886. Zürich, Bahnhofstraße 10 (Eingang Börsenstraße 18), Fernruf 75241

Weitere Zweigstellen an den größeren Orten

nung bringen; denn diese Rede steht nicht nur im Widerspruch zu den Grundsätzen internationaler Höflichkeit, sondern sie gefährdet die Voraussetzung für jede gedeihliche Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen: gegenseitige Achtung. Wir veröffentlichen im folgenden die Einzelheiten, die über die Rede des Herrn Thorez dem „Deutschen Nachrichtenbüro“ bis jetzt vorliegen:

Die Rede von Thorez.

Straßburg, 12. Oktober. (DNB.) Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Thorez, wurde von der Versammlung mit der Frage empfangen, warum eigentlich die Kommunistische Partei für die Abwertung gestimmt habe. Thorez versuchte mit der schon reichlich abgeleierten Entschuldigung zu parieren, daß die Kommunisten Frankreichs in der Kammer eigentlich nicht für die Abwertung hätten stimmen wollen, sondern lediglich für die Volksfrontregierung, die andernfalls gestürzt worden wäre. Dann versuchte sich Thorez bei den elsaß-lothringischen Bauern und Arbeitern Liebkind zu machen, indem er versprach, fortan für eine Erhöhung der Löhne im Elsaß und für eine Besserstellung der kleinen Geschäftsleute und Bauern einzutreten. Die Präfekten der elsaß-lothringischen Departements, so erklärte der Redner, hätten der Volksfrontregierung mitgeteilt, daß sich bei der kommunistischen Propagandareise der Abgeordneten schwere Unruhen ereignen würden. Man habe dadurch einen Druck ausüben wollen, um zu einem Verbot der kommunistischen Versammlungen zu gelangen und um zu verhindern, daß er, Thorez, in Straßburg spreche.

Es sei ein Fehler gewesen, daß die Regierung Blum diesen Erpressungen von „Hitlers Agenten in Frankreich“ nachgegeben und einen großen Teil der geplanten Versammlungen verboten habe. Trotzdem stehe er heute hier in Straßburg, 5 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt.

Im weiteren Verlauf seiner mit groben Unflätigkeiten gespickten Haßrede verdrehte Thorez die Worte Adolf Hitlers bei der Eröffnungsrede zum diesjährigen Winterhilfswerk des deutschen Volkes. Thorez log, der Führer habe erklärt, daß es für den deutschen Arbeiter recht gesund sei, wenn er hungern müsse.

Thorez behauptete dann weiter, Hitler habe erklärt, der Krieg müsse kommen, damit Deutschland die Möglichkeit habe, eine andere Stellung in der Welt zu erobern. „Wir werden nicht erlauben,“ so rief Thorez aus, „daß Hitler uns verachtet, der Mann, den wir verabscheuen und dessen Reden für uns Brechmittel sind. Wir Kommunisten ziehen einen ehrenhaften Neger einem unehrenhaften Hitler vor.“

In einer anschließend zur Verlesung gebrachten Erklärung wurde Protest erhoben gegen die „Agenten des Faschismus, gegen die Industriebarone, die Truste usw.“ Die Spießgesellen Hitlers müßten ins Gefängnis geworfen werden.

Tagesschau

Politik

Leitartikel: Staatsaufträge und Wettbewerb — Seite 3

Italien und Europa. Von BK — Seite 1

Gärung und neues Werden. 25 Jahre Republik in China — Seite 3

Handel

Freiheit und Zwang nach der Abwertung — Seite 5

Eine zurückhaltende Entschließung des Verwaltungsrats der BIZ — Seite 5

Feuilleton

Die Vergeltung. Von Martin Beheim-Schwarzbach / Die Münchner Kammerspiele. Von E. Kammerer / Blutgruppenvererbung und Blutprobe. Naturwissenschaftlicher Bericht (55) / Neues China. Von Ernst Benkard / Maria, die Magd / Woche für neue geistliche Musik — Seite 10

(6)

Der Araberstreik in Palästina abgebrochen.

Die britischen Truppen in unverminderter Bereitschaft.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

London, 12. Oktober. Der Araberstreik in Palästina ist in Befolgung des Aufrufs der Fürsten und der Erklärung des Zentralausschusses heute morgen beendigt worden. Er hat im ganzen sechs Monate gewährt. Ueberall schickte sich heute früh in den Städten das Geschäftsleben an, wieder zu den gewohnten Formen zurückzukehren. In der Araberbevölkerung herrscht, so heißt es in den Meldungen aus Jerusalem, Freude darüber, daß der ihren Wohlstand schwer schädigende Kampf nun abgebrochen werden konnte. Sie fühlt sich keineswegs als besiegte Partei, denn sie hofft durch die Vermittlung der Fürsten von der britischen Regierung Abstellung ihrer hauptsächlichsten Beschwerden zu erhalten. Um so größer soll die Sorge sein, die sich nun der jüdischen Volkskreise bemächtigt hat. Von ihnen wird befürchtet, daß die britische Regierung jetzt nach Wiederherstellung des inneren Friedens im Lande gegenüber den arabischen Forderungen zu manchen Zugeständnissen bereit sein werde. Die Londoner Stellen haben indessen bisher noch nicht gesprochen. Nach den bisherigen Erklärungen der zuständigen Kabinettsmitglieder wird an die Entsendung der für Palästina eingesetzten königlichen Kommission erst zu denken sein, nachdem nicht nur der Friede, sondern auch die Ordnung im Mandatsgebiet wiederhergestellt worden ist. Noch gestern nacht ist es jedoch zu blutigen Zusammenstößen zwischen britischen Truppen und Araberbanden gekommen. Die britischen Truppen werden jedenfalls einstweilen in unverminderter Bereitschaft bleiben. Das Kabinett wird zu der palästinensischen Lage voraussichtlich in der ordentlichen Sitzung am Mittwoch Stellung nehmen. Bis dahin wird sich vielleicht gezeigt haben, ob der Abbruch des Streiks wirklich auch das Ende der Bandenkämpfe gebracht hat.

Wunsch nach außenpolitischer Aussprache

London, 12. Oktober. Die Parlamentsferien laufen am 29. Oktober ab. Am Tage des Wiederzusammentritts sollten die beiden Häuser eigentlich sofort vertagt werden, um am 3. November ihre Wintersession zu beginnen. In den parlamentarischen Kreisen aber besteht sehr der Wunsch, daß es möglichst bald zu einer außenpolitischen Aussprache komme, die sich sowohl mit der Frage des spanischen Bürgerkriegs wie auch mit der Angelegenheit des Fünfmächtepakts und den palästinensischen Geschehnissen befasse. Die Regierung ist geneigt, diesem Wunsch der Parlamentarier entgegenzukommen. Dann aber würde es voraussichtlich notwendig sein, den Vertagungsakt um einen Tag zu verschieben. Eine Verzögerung des neuen Tagungsbeginns brauchte infolgedessen jedoch nicht einzutreten. Dieser Staatsakt wird im Hause der Lords vom König mit dem üblichen hochfeierlichen Zeremoniell vorgenommen werden. Ihm wird besondere Bedeutung innewohnen, da es das erstemal sein wird, daß sich Eduard VIII. im feierlichen Aufzug in das Oberhaus begibt.

B 039690

Kein Zwangssystem, kein Markensystem.

Rudolf Heß über die Lebensmittelversorgung. — Ein Appell an die Hausfrauen.

Hof, 12. Oktober. Reichsminister Rudolf Heß hat am Sonntag abend eine in Hof in der bayerischen Ostmark neuerbaute Adolf-Hitler-Halle eingeweiht. Im Rahmen der Feierlichkeiten hielt Reichsminister Rudolf Heß eine Rede, in der er das Problem der Versorgung des deutschen Volkes mit Nahrungsmitteln und die Frage der Preisgestaltung für landwirtschaftliche Produkte des täglichen Bedarfs behandelte. Rudolf Heß betonte zunächst, er nehme die Gelegenheit, in Hof zu sprechen, besonders gerne wahr, weil ihn nicht nur persönliche Jugenderinnerungen mit dieser Stadt verbänden, sondern weil Hof schon in der Kampfzeit eine nationalsozialistische Hochburg gewesen sei. Nach dem Bericht des „Deutschen Nachrichtenbüros“ erklärte er dann im einzelnen:

„Wie ungeheuer sind doch die Leistungen des neuen Reiches allein auf wirtschaftlichem Gebiet! Was bedeutete es doch, im Janauar 1933 einen Staat zu übernehmen, der vor dem Zusammenbruch stand, mit einer Wirtschaft, die eigentlich längst hätte Konkurs ansagen müssen, und dann innerhalb kürzester Frist mittels dieses Staates, mittels dieser Wirtschaft, die Gesundung herbeizuführen, Millionen wieder in Arbeit und Brot zu bringen, eine moderne Wehrmacht aufzubauen und zugleich mit diesen gewaltigen Anstrengungen unserem Volke das Brot zu sichern. Diese Sicherung des Brotes mußte geschehen durch die Erhöhung der Eigenerzeugung an Lebensmitteln. Wir haben erreicht, daß das deutsche Volk mit Brot und Mehl, Kartoffeln, Butter und Trinkmilch zu hundert Prozent, also vollkommen aus deutscher Erzeugung, gedeckt werden kann. Gemüse und Fleisch müssen wir zu einem geringen Prozentsatz des Gesamtbedarfs, Eier und Molkereierzeugnisse zu einem etwas höheren, und den Fettbedarf zu einem noch relativ hohen Prozentsatz durch Einfuhr aus dem Auslande decken.

Aus dieser Lage ergeben sich die Schwankungen in der Versorgung und in der Preisgestaltung. Aber daß wir bereits in einem so hohen Maße unabhängig geworden sind und auf wichtigen Gebieten uns vollkommen selbst ernähren, das allein ist eine ungeheure Leistung, die wir dem Reichsnährstand danken, die wir danken dem hingebungsvollen Schaffen des deutschen Bauern. Was trotzdem noch fehlt, muß eingeführt werden. Eingeführt werden müssen jedoch nicht nur Lebensmittel, sondern auch eine große Zahl von Rohstoffen, die notwendig sind, unsere Industrie in Gang zu halten, die Arbeit von Millionen zu sichern, die Aufrüstung zu vollenden. Einführen können wir aber nur im Austausch gegen Waren, die wir selbst erzeugen. Voraussetzung für diesen Warenaustausch ist aber wieder, daß das Ausland auch bereit ist, uns diese Waren abzunehmen. Und hier hat sich in den letzten Jahren die große Schwierigkeit ergeben: die Ausfuhrmöglichkeiten in der ganzen Welt sind immer mehr zurückgegangen; teils weil viele Länder, die früher Waren kauften, diese selbst herstellen, teils weil die Weltwirtschaft glücklich soweit durcheinandergebracht wurde, die Produktion und die Preise teilweise auf derart abweichenden Grundlagen aufgebaut und so hohe Zollmauern errichtet worden sind, daß der Austausch von Waren stockt. Gewiß könnten wir viel mehr Waren als augenblicklich absetzen. Es wäre ein leichtes, sie mit Hilfe von Valutaexperimenten hinauszuschleudern, wenn wir damit zugleich unser Volksvermögen in einer Inflation verpulverten. Das wäre ein schöner Export, der den Ausverkauf des Volkes mittels einer solchen Inflation bedeutete, und der zugleich ein gewissenloser Verzehr des nationalen Kapitals wäre! Wir könnten um solchen Preis schon Waren absetzen, aber wir wollen weder unsere Sparer betrügen, noch die heranwachsende Generation ausfleddern, indem wir das Nationalvermögen, das wir ihr zu vererben haben, selbst verzehren. Wir wollen

keine Experimente und keinen Betrug,

sondern wir wollen einen in ehrlicher Arbeit auf solider Grundlage und in guten kaufmännischen Sitten sich vollziehenden Warenhandel. Dazu brauchen wir natürlich uns selbstverständlich Absatzmärkte. Aber Absatzmärkte, die wir im Kriege verloren, können wir nicht mehr zurückerobern, weil andere Staaten sie nun besitzen und nicht mehr hergeben. Daher reicht unsere Ausfuhr zur Zeit nicht aus, um alles, was wir benötigen, einzuführen. Obendrein hat die jüdische Boykotthetze das Ihre getan, die Ausfuhr vorübergehend weiter zu behindern. Aber der Versuch, ein großes, arbeitsames Volk durch Aushungern zur Kapitulation zu zwingen, ist gescheitert, und ebenso werden alle weiteren Versuche scheitern.

Das Volk Adolf Hitlers weiß, worum es geht. Es nimmt es auf sich, wenn nötig, sich dazwischen etwas einzuschränken — kapitulieren wird es nicht. Und niemand glaube, daß, wenn der wirtschaftliche Kampf gegen unser Volk fehlschlug, Deutschland durch Waffengewalt überwältigt werden könnte — etwa durch Inmarschsetzen des sowjetrussischen Militarismus. Wir haben vorgesorgt. Und wir sind bereit, auch künftig — wenn notwendig — mal etwas weniger Fett, etwas weniger Schweinefleisch, ein paar Eier weniger zu verzehren, weil wir wissen, daß dieses kleine Opfer ein Opfer bedeutet auf dem Altar der Freiheit unseres Volkes. Wir wissen, daß die Devisen, die wir dadurch sparen, der Aufrüstung zugute kommen.

Auch heute gilt die Parole: „Kanonen statt Butter!“

Der Führer gehört nicht zu denen, die eine Sache halb tun. Jedes Geschütz, jeder Tank, jedes Flugzeug mehr ist ein Mehr an Sicherheit für die deutsche Mutter, daß ihre Kinder nicht hingemordet werden in einem unseligen Krieg — nicht hingefoltert werden durch bolschewistische Banden. Wir sorgen dafür, daß die Lust, uns anzugreifen, endgültig vergeht.

Wir wissen noch eines: der Verbrauch an Lebensmitteln ist im Laufe der Regierung des Führers nicht geringer, sondern wesentlich größer geworden. Wir müssen stolz darauf sein, daß die Nachfrage nach Lebensmitteln gestiegen ist, weil daraus hervorgeht, daß eben das deutsche Volk und insbesondere der deutsche Arbeiter in seiner Gesamtheit wieder mehr, z. T. bessere und früher entbehrte Nahrungsmittel kaufen kann. Es sind ungefähr 6½ Millionen Menschen, die heute sagen dürfen, daß sie nicht nur unter Adolf Hitler wieder Arbeit gefunden haben, sondern daß sie im Durchschnitt im Monat nicht weniger als etwa 85 Mark mehr ausgeben können als vor der Machtergreifung, d. h. als sie arbeitslos waren und Unterstützung erhielten. Wenn im Monat rund

H3779 – 0004

6½ Millionen Menschen 85 Mark mehr ausgeben, so wird die Nachfrage dadurch erhöht um über 550 Millionen Mark im Monat, oder über 6½ Milliarden Mark im Jahr. Man kann annehmen, daß hiervon wiederum rund 3 Milliarden für den Einkauf von Lebensmitteln verwandt werden. Denn die unterernährten Arbeitslosen von einst und ihre Familien haben ein Bedürfnis nach etwas mehr Fleisch, mehr Fett usw., das sie nun nach langen Jahren des Darbens endlich befriedigen können. Stellen Sie sich aber vor, was es bedeutet, wenn für die unerhörte Summe von 3 Milliarden während eines Jahres mehr Lebensmittel verlangt werden als vorher: Wundert es da jemand, daß es gelegentlich kleine Schwierigkeiten gibt? Ich weiß, daß unser Volk es freudig auf sich nimmt, von Zeit zu Zeit etwas weniger Fett, Schweinefleisch oder dergleichen zu verzehren im Bewußtsein, daß dafür Millionen Volksgenossen laufend etwas besser ernährt werden als einst, da sie arbeitslos waren. Mit Stolz können wir feststellen: etwas zu wenig Butter für den einzelnen ist der Beweis für den Erfolg der Arbeitsschlacht, für die Gesamtheit: der Verzicht des einzelnen bedeutet Gewinn für Millionen."

In seinen weiteren Ausführungen betonte Rudolf Heß, es sei dank der Organisation des Reichsnährstandes gelungen, das Ansteigen der Preise einer großen Zahl von Lebensmitteln, die die Ernährung der Masse unseres Volkes darstellten, auch in der Zeitspanne zu verhindern, in der sie etwas knapp seien. Wäre der Preisen freier Lauf gelassen, so stiege z. B. in Zeiten der Butterknappheit der Butterpreis derartig, daß nur die begüterten Volksgenossen sich Butter kaufen könnten. Weder ein Zwangssystem wie in Sowjetrußland noch ein Markensystem wie in der Kriegs- und Nachkriegszeit bei uns vermöchten die Menge der zur Verfügung stehenden Lebensmittel zu vergrößern, wohl aber vermöge beides durch Ueberbürokratisierung die Schwierigkeiten zu erhöhen und deswegen werde an eine derartige Einführung nicht gedacht. „Wir wollen auch nicht," so fuhr Rudolf Heß fort, „vergessen: würden einige Produkte nicht besser bezahlt, wäre unsere Landwirtschaft zusammengebrochen. Denn die Preise, die der Nationalsozialismus bei der Machtergreifung für einige landwirtschaftliche Produkte vorfand, waren Preise, die der Marxismus geschaffen hatte zur Vernichtung des Bauernstandes, zu seiner Proletarisierung und Bolschewisierung. Wir wären schlechte Sozialisten, wenn wir den Bauern um unserer Popularität beim Arbeiter willen verraten hätten, denn wir hätten damit schließlich die Gesamtheit und damit den Arbeiter selbst schwer geschädigt — ja, der Vernichtung preisgegeben.

Selbstverständlich müssen die Preise der Lebensmittel, die bisher stabil waren, auch künftig stabil bleiben. Und der Nationalsozialismus wird mit drakonischen Maßnahmen gegen jede Preissteigerung vorgehen, die eine Ausnützung eines vorübergehenden Notstandes darstellt. Der Nationalsozialismus wird dafür sorgen, daß der gleichbleibende Durchschnittsbedarf gedeckt werden kann zu gleichbleibenden Durchschnittspreisen. Der Nationalsozialismus wird ebenso dafür sorgen, daß die Preise für Lebensmittel, die im Laufe der Zeit etwas angestiegen sind, nicht weiterhin steigen. Wer glaubt, auf Kosten der Gesamtheit mit dem Lebensnotwendigsten Wucher treiben zu können, wird den Nationalsozialismus kennen lernen. Aber alle Maßnahmen können ebensowenig wie Markensysteme, Preisherbhöhungen oder Lohnerhöhungen etwas daran ändern, daß wir einige Lebensmittel heute noch nicht in der Menge besitzen, in der wir sie benötigen."

Rudolf Heß charakterisierte dann den Weg, der über Lohnerhöhungen und die nachfolgenden Preiserhöhungen ohne Vergrößerung der Produktion zur Inflation führen müßte, gemäß der einstmals gemachten Erfahrung. Mit einem Hinweis auf Frankreich meinte er, es sei erstaunlich, wie wenig anscheinend andere Länder aus solchen Erfahrungen zu lernen geneigt seien. „Wir aber haben aus unseren bitteren Erfahrungen gelernt:

Den Leidensweg einer Inflation wird unser Volk nicht wieder gehen.

Die Wege, die wir gehen, die gelegentlichen Schwierigkeiten zu überwinden, hat der Führer gewiesen:

1. Die Welt gibt uns die Möglichkeit, Rohstoffe, die wir bisher kaufen mußten, in eigenen Gebieten zu gewinnen, d. h., sie stellt uns Rohstoffkolonien zur Verfügung. Diese Abgabe von Kolonien liegt in ihrem eigenen Interesse, weil wir sonst eben doch gezwungen sein könnten, um jeden Preis zu exportieren und damit die übrigen Exportländer zu schädigen.

2. Erzeugung der notwendigen Rohstoffe im eigenen Lande, soweit dies irgendwie möglich ist. Und Sie wissen, daß, wenn deutsche Chemiker und deutsche Techniker etwas anpacken, das Ergebnis nicht schlecht ist. Es sind bereits Fabriken im Bau, die uns in kurzer Frist auf manchen Gebieten unabhängig machen werden vom Auslande. Dabei kann das Ausland über eines beruhigt sein: mittels der Rohstoffe aus eigenen Gebieten und mittels der selbsterzeugten Rohstoffe werden wir nicht dazu übergehen, den Export neuerdings zu steigern und dabei erst recht in Wettbewerb zu treten. Wenn wir nicht müssen, verwenden wir unsere nationale Arbeitskraft so wenig als möglich dazu, irgendwelche Wilde mit allen erdenklichen Dingen zu versorgen, die sie bisher nicht kannten und nicht brauchten. Wir werden auch künftig Waren mit anderen Ländern tauschen, aber wenn wir ohne Steigerung des bisherigen Exportes genügend Rohstoffe besitzen, werden wir diese in erster Linie dazu verwenden, Waren nicht für die Ausfuhr, sondern für uns selbst zu erzeugen. So wie wir festgestellt haben, daß die Verknappung die Preise in die Höhe treibt, hat die Mehrerzeugung auf die Dauer das gegenteilige Ergebnis: der Käufer bekommt mehr für sein Geld. Denn auch hier wiederhole ich, was ich bereits feststellte: Nicht darauf kommt es an, wieviel Mark jemand erhält, sondern darauf, wieviel er sich um seinen Lohn kaufen kann. Und wir werden dafür sorgen, daß der deutsche Arbeiter einst der bestbezahlte Arbeiter der Welt sein wird, gemäß seiner Leistung — denn der deutsche Arbeiter ist auch der beste Arbeiter der Welt. Daß die Produktionssteigerung durch Steigerung der Erzeugung eigener Rohstoffe erreicht werden wird, wissen wir endgültig seit der Verkündung des neuen Vierjahresplanes durch den Führer in Nürnberg. Wir wissen, daß dieser neue Vierjahresplan ebenso sicher seine Erfüllung findet, wie der erste Vierjahresplan seine Erfüllung fand. Die Umstellung unserer nationalen Arbeit auf Selbstproduktion von Rohstoffen in größtem Ausmaß und auf Verwendung der damit hergestellten Waren im eigenen Lande ist bestimmt nicht schwieriger als die Schaffung von Arbeit überhaupt für Millionen und Abermillionen während des ersten Vierjahresplanes, ist nicht schwieriger als die Erkettung unseres Bauernstandes von der Vernichtung, ist nicht schwieriger als die Aufrüstung eines bis zum letzten entwaffneten Volkes angesichts derjenigen, die diese Entwaffnung einst erzwungen haben, als die Wiedereinführung der uns verbotenen allgemeinen Wehrpflicht, die militärische Besetzung der Gebiete am Rhein, die Wiederherstellung unserer Ehre vor der Welt. Wie gering ist das Wagnis einer allmählichen und systematischen Umstellung unserer Wirtschaft gegenüber den Wagnissen, die der Führer in den vergangenen vier Jahren auf sich nahm! Durch sein entschlossenes außenpolitisches Handeln errang der Führer der Nation die politische Freiheit. Durch sein entschlossenes wirtschaftspolitisches Handeln wird der Führer der Nation die wirtschaftliche Freiheit erringen."

Es seien zum Teil recht nüchterne Wahrheiten gewesen, die er seinen Volksgenossen habe sagen müssen, fuhr Rudolf Heß fort. Aber er habe sie ausgesprochen, um die Zusammenhänge klar zu machen, die das Schicksal aller Volksgenossen bestimmten. Das deutsche Volk möge sehen, daß seine leitenden Männer in der Erkenntnis dieser Zusammenhänge alles täten, was möglich sei, langsam für alle bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen, und daß besonders der Führer unermüdlich die Voraussetzungen schaffe, um alle auch materiell immer mehr teilnehmen zu lassen an dem großen Aufschwung, den unser Volk insgesamt nehme.

Mit einem besonderen Appell wandte sich Rudolf Heß an die deutschen Hausfrauen, denen er zurief: „Sie, meine deutschen Hausfrauen, beeinflussen nicht nur — darüber wollen wir uns doch nichts vormachen — die Laune Ihrer eigenen Männer, sondern von Ihnen, von der von Ihnen ausgehenden Stimmung, hängt die Stimmung des deutschen Volkes wesentlich mit ab. Jede gute Hausfrau weiß, wie sie ihre Familie in guter Stimmung hält, und besonders diejenigen, die einmal — unabhängig von der Gesamtlage — persönlich wirtschaftlich ernstere Zeiten haben durchmachen müssen, wissen, wie man mit einfachen Mitteln eben durch die Hausfrauenkunst auch dann ein gutes Essen bereiten kann, wenn es einmal entweder kein Fleisch oder keine Butter oder keine Eier enthält. Und die tüchtigen deutschen Hausfrauen wissen, was sie zu tun haben, um im Dienst dieser großen deutschen Familie: des deutschen Volkes, zu wirken, wenn dieses vorübergehend kleine Notstände überwinden muß. Sie kaufen eben ein, wie es im Interesse der großen deutschen Familie liegt. Sie versuchen nicht unbedingt das zu kaufen, was gerade reichlich vorhanden ist und verwenden es so, daß es ihren Männern und ihren Kindern gerade besonders gut erscheint und besonders gut schmeckt. Keine gute Hausfrau trauert gerade dem Viertelpfund Schweinefleisch nach, das sie nun einmal nicht bekommt. Jede gute deutsche Hausfrau ist zu ihrem Teile eine Mutter des deutschen Volkes. Sie hat in diesen Fällen gleiche und höhere Pflichten zu erfüllen als die Männer dieses Volkes, die ihre Haltung achten und ehren werden.

Deutsche Frauen, zeigt, was Ihr könnt!

Wenn in Deutschland Führer und Gefolgschaft miteinander einen Uebelstand besprechen und miteinander klar werden, wie er zu beheben ist, so folgert das Ausland sehr eilfertig, gottlob: die Deutschen fangen unter der Hitlerschen Führung zu hungern an, und die deutsche Wirtschaft zerfällt. Dieses Ausland möge sich beruhigen. Wir Deutsche haben vor einander nichts zu verbergen. Es wäre sowohl töricht, wenn die deutsche Regierung jede Sorge auf das Volk abladen würde, wie es töricht wäre, dem Volke nicht zu sagen, in welcher Lage es sich befindet, und was zu tun ist zum allgemeinen Wohle.

Wir sind eine ehrliche Schicksalsgemeinschaft. Und wir werden immer, unbeschadet dessen, was die anderen draußen glauben oder erzählen, als Führende oder Geführte dieser Schicksalsgemeinschaft, offen vor einander stehen. Was ist denn schließlich schon das Motiv derer draußen, die so sehr bei uns den Hunger erhoffen? Es ist ja doch nur das letzte kleine Hälmchen, an das sie sich in ihrer Sehnsucht klammern, es möge doch endlich in der großen Auseinandersetzung: — hier jüdischer Bolschewismus, hier deutscher Nationalsozialismus — der Nationalsozialismus einmal eine Position oder eine Schlacht verlieren, damit man doch noch hoffen könnte, daß Juden und Bolschewiken noch einmal in Deutschland siegreich werden. Diesem Ausland mußten wir sagen, es hoffe umsonst. Wir aber wollen glücklich sein, daß uns schlimmstenfalls an einigen Tagen im Jahr einmal der Butteraufstrich für das Brot und nicht das Brot selbst für Monate fehle, wie in dem gepriesenen Lande des Glücks und der Wohlfahrt der Massen, in Sowjetrußland. Es wisse die Welt, wie jeder einzelne von uns, der einmal einen Blick in andere Länder tun konnte, daß Deutschland das sozialste Land der Erde ist.

Immer, wenn wir einen kleinen Verzicht leisten müssen, wollen wir dankbar sein, daß wir gerettet wurden vor dem Schicksal Sowjetrußlands und vor dem Schicksal Spaniens! Wer wollte dem unendlichen Leid, dem Elend und der Not, das die Völker dieser Länder zu ertragen haben, gegenüber ausstehen und sagen: „Ja, aber ich habe heut' ein Viertelpfund Butter zu wenig bekommen." Wir sind dem Führer und dem Höheren, der den Führer uns sandte, dankbar, daß wir unser tägliches Brot haben, daß wir ein einiges Volk geworden sind, gleichwertige Genossen, die sich gegenseitig helfen, und die in Frieden und Ruhe schaffen können, für sich und ihr Volk, das ein starkes Heer schützt, und das auch draußen durch kampfstarke Schiffe gesichert ist."

Mit einem Dankesgruß an Adolf Hitler, schloß Rudolf Heß seine Rede.

B 039689

Keine Volksfront in der Schweiz.

Der schweizerische Gewerkschaftsbund lehnt jedes Zusammengehen mit den Kommunisten ab.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

p Zürich, 12. Oktober. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat am Sonntag seine Beziehungen zur kommunistischen Linken nach der grundsätzlichen Seite hin überprüft und ist dabei, offensichtlich unter dem Eindruck der Entwicklung in Spanien, vor allem aber in Frankreich, zu einer fast einstimmig gefaßten Entschließung gekommen, die jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnt, auch dann, wenn sie unter der Maske Volksfront oder Einheitsfront betrieben werden sollte. Nachdem der Gewerkschaftskongreß bereits 1934 eine betont positive Stellung zur Frage der Landesverteidigung eingenommen und damit auch die zunächst widerstrebenden, mit den Kommunisten sympathisierenden Funktionäre der Sozialdemokratie lahmgelegt hatte, haben die politischen Ereignisse der beiden letzten Jahre den Gewerkschaften eine Vorstellung von dem gegeben, was eine Verbindung mit dem Bolschewismus für sie zur Folge haben könnte. Der Referent des Kongresses, Dr. Max Weber, der übrigens als Verfechter der Abwertungstheorie noch vor kurzem von der sozialdemokratischen Partei offiziell desavouiert worden war, erklärte als Auffassung der Gewerkschaften, daß es „mit Moskau keine Zusammenarbeit geben könne." Die Unterstützung der Demokratie, zu deren Verteidigung die Gewerkschaften entschlossen seien, durch Leute, die sich zur Diktatur und zum Terror bekennen, sei ein unehrliches Spiel.

Bemerkenswert war ein vorsichtig formulierter Anspruch auf Mitbeteiligung der Arbeiterschaft an der Landespolitik, was in Verbindung mit früheren Aeußerungen aus sozialdemokratischen Kreisen wohl so auszulegen ist, daß bei der nächsten Umbildung des Bundesrates die Sozialdemokratie auf die bisher abgelehnte Berücksichtigung rechnet. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Aufgaben der nächsten Zeit forderte der Kongreß insbesondere Arbeitsbeschaffung großen Stils als Mittel der Ankurbelung. Zum Schluß wurde gegen die Stimmen einiger kommunistisch orientierter Delegierten des Holz- und Bauarbeiterverbandes eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Der Gewerkschaftskongreß bestätigt die bisherige Stellungnahme des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zur Demokratie und bekundet, daß alle ihm angeschlossenen Organisationen fest entschlossen sind, die schweizerische Demokratie mit allen Mitteln zu verteidigen und auch alle Konsequenzen aus dieser Haltung zu ziehen. Aus dieser grundsätzlichen Einstellung heraus lehnt der Gewerkschaftsbund jedes Zusammengehen und jedes Zusammenarbeiten mit Organisationen oder Gruppen, die antidemokratische Tendenzen verfolgen, ab, insbesondere kommt eine sogenannte Einheitsfront oder Volksfront mit Einschluß der Kommunisten sowie irgendeine andere Form des Zusammengehens mit Kommunisten oder mit unter kommunistischem Einfluß stehenden Organisationen für die Gewerkschaften nicht in Frage."

Volksfront-Bestrebungen in Danzig.

Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten.

Danzig, 12. Oktober. Das Organ der NSDAP. in Danzig, der „Vorposten", berichtet, daß zwischen der verbotenen Kommunistischen Partei und der SPD in Danzig Verhandlungen aufgenommen worden seien, die eine Volksfrontbewegung nach französischem und spanischem Vorbild ins Leben rufen sollten. Der Führer der Kommunisten, der Volkstagsabgeordnete Plenipowski, habe auch an die Deutschnationalen und das Zentrum ein Schreiben gerichtet mit der Aufforderung, sich dieser gegen die nationalsozialistische Regierung gerichteten Bewegung anzuschließen.

In dem Schreiben heißt es nach dem Bericht des „Vorposten", daß die Beseitigung der nationalsozialistischen Herrschaft von keiner Opposition oder Partei die Aufgabe ihrer weltanschaulichen Grundsätze erfordere. Die Vorgänge und Erscheinungen in den letzten Wochen hätten bewiesen, daß die Nationalsozialisten auf keinen Fall daran dächten, auf ihre Macht zu verzichten. Die Opposition sei in ihrem Kampf auf die eigene Kraft angewiesen. Wenn man die Dinge treiben lasse, dann könnte eines Tages eine Wahl stattfinden, ohne daß eine geeignete Opposition vorhanden sei. Plenipowski fordert daher auf, sich für die Schaffung eines demokratischen Danziger Staates zusammenzuschließen.

Der kommunistische Versuch ist offenbar nicht ohne Erfolg geblieben. Nach einem im „Vorposten" veröffentlichten Brief hat der 9. Bezirk der Sozialdemokratischen Partei an die Parteileitung die Forderung gerichtet, das Angebot der Kommunistischen Partei anzunehmen. Der „Vorposten", der sich für die Echtheit des Briefes verbürgt, richtet in diesem Zusammenhang wiederum an die Danziger Regierung die dringende Forderung, alles zu unternehmen, um den Danziger Staat zu schützen

B 039688

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
GB Exhibit 260
Filed Feb 7, 1946

H3779-0005

4104
H-3779

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL

G. B. EXHIBIT

GB 260

B 039686

3

H3779 – 0006

1 certificate

2 photostats

H3779 – 0007